Antrag

der Fraktion des SSW

Die EU muss Vorbild bei der Asyl- und Migrationspolitik sein!

Der Landtag wolle beschließen:

Der im Oktober 2022 von der EU-Kommission veröffentlichte Asyl- und Migrationsbericht macht deutlich, dass nur eine gemeinsame europäische Einigung in der Asyl- und Migrationspolitik dem Leiden an den EU-Außengrenzen ein Ende setzen kann. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die auf Freiheit, Demokratie und Menschenrechten basiert.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet daher von der Europäischen Union, dass sie Vereinbarungen zwischen den EU-Staaten schließt, die folgende Punkte enthalten:

- Eine faire und verpflichtende Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit bei der Aufnahme von Schutzsuchenden zwischen den EU-Staaten.
- Das Ausrichten des Migrations- und Asylpakets der EU-Kommission an den Grundsätzen der Humanität, der Menschenrechte und des Asylrechts
- Die Einhaltung humanitärer Standards an den EU-Außengrenzen und die Verhinderung neuer Flüchtlingslager.
- Die Verhinderung und strafrechtliche Verfolgung der gegen internationales und EU-Recht verstoßenden "Push-Backs" im Mittelmeer
- Eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im

Mittelmeer.

 Die Verhinderung von Ausnahmeregelungen für einzelne Länder, die eine willkürliche Absenkung von Asylstandards bedeuten.

Begründung:

Gerade mit Blick auf die Entwicklung der Geflüchtetenzahlen ist eine nachhaltige und gemeinsame Lösung der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik unerlässlich.

Laut des Berichts der EU-Kommission haben sich die Flüchtlingszahlen auf der Westbalkanroute in den ersten 8 Monaten des Jahres 2022 im Vergleich zu 2021 verdreifacht, während die irregulären Einreisen entlang der östlichen Mittelmeerroute sich im Vergleich zu 2021 verdoppelt haben. Auch die Instrumentalisierung von schutzsuchenden Menschen an den EU-Außengrenzen darf die Europäische Union nicht weiter hinnehmen. Die neue italienische Regierung unter Giorgia Meloni hat sich schon jetzt für eine Politik der Abschottung und die Idee einer "Seeblockade" ausgesprochen, was die Lage im Mittelmeer weiter verschärfen wird. Eine gemeinsame europäische Lösung in der Asyl- und Migrationspolitik, die auf den Menschenrechten, Humanität und dem Asylrecht basiert, ist mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen also mehr als überfällig, um weiteres Leiden an den EU-Außengrenzen zu verhindern.

Jette Waldinger-Thiering und Fraktion